



Der soziale Dialog und die Rezession im Bankensektor: eine globale Perspektive

Zusammenfassung

Einleitung

Im Sommer 2007 kam es in den USA zur tief greifendsten Finanzkrise seit dem Börsenkrach von 1929. Sie breitete sich weltweit aus, erfasste die Realwirtschaften und führte so zum stärksten globalen Konjunkturunbruch der vergangenen Jahrzehnte. Die Finanzkrise war im Wesentlichen auf die USA und Europa konzentriert, der Bankensektor in Japan, Brasilien und China wurde dagegen nicht wesentlich von ihr betroffen. In der Folge kam es zwischen 2008 und 2010 zu einem Beschäftigungsrückgang im Bankensektor der USA und zahlreicher europäischer Volkswirtschaften, während die Beschäftigungszahlen in Japan, China und Brasilien relativ unverändert blieben.

In Europa sind die Auswirkungen der Finanzkrise auf das Bankgewerbe schwer zu trennen von den Auswirkungen der erheblichen Umstrukturierung des Sektors, die bereits in den Jahren vor der Krise im Gange war. In den neuen Mitgliedstaaten sowie in Spanien, Griechenland, Portugal und Irland gab es einen Anstieg der Beschäftigung, in einigen westeuropäischen Ländern (Österreich, Deutschland, Niederlande, Dänemark bzw. Belgien) dagegen fand bereits ein Rückgang statt, zum Teil als Folge der zunehmenden Verschiebung des operativen Geschäfts großer Bankengruppen von letzteren Ländern zu der erstgenannten Ländergruppe.

Politischer Kontext

Die Wirtschaftskrise hat eine große Auswirkung auf die gesamten Beschäftigungsraten gehabt, doch wenn auch in vielen Volkswirtschaften in großem Umfang Arbeitsplätze verloren gingen, wäre die Auswirkung dieses Einbruchs der Wirtschaftstätigkeit noch größer ausgefallen, wenn keine staatlichen Maßnahmen ergriffen worden wären. Die meisten entwickelten und aufstrebenden Volkswirtschaften haben umfangreiche steuer- und währungspolitische Maßnahmen ergriffen, um die Krise zu überwinden.

Die Finanzkrise wirkte sich auf den Bankensektor in den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt nicht gleich aus. Auf der einen Seite war der Finanzsektor in Japan, Brasilien und China von der Finanzkrise nicht wesentlich

betroffen und die Behörden mussten lediglich einige Liquiditätsprobleme in den Bankensystemen lösen. Auf der anderen Seite waren die Bankensysteme in den USA und zahlreichen europäischen Ländern nicht nur mit Liquiditätsproblemen, sondern auch mit Solvenzproblemen konfrontiert. Mehrere Finanzinstitute mussten vor dem drohenden Ruin gerettet werden, und völlig neuartige staatliche Programme wurden aufgelegt, um den Zusammenbruch der Finanzsysteme zu verhindern.

Anfangs reagierten die Zentralbanken auf die sich abzeichnende Krise, indem sie Liquidität in die Finanzsysteme pumpeten, später folgten zielgerichtete staatliche Rettungsprogramme für einzelne Institutionen. Nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers am 15. September 2008 verstärkten die Regierungen in Europa und den USA ihre Anstrengungen zur Stützung des Finanzsektors durch breit angelegte nationale Rettungsprogramme: Einlagensicherung, Bürgschaften für Bankanleihen, Kapitalzuführung und Maßnahmen zum Schutz vor Altlasten. In den USA waren sowohl die Kapitalspritzen als auch die von den Banken bislang geleisteten Kapitalrückzahlungen höher als in der EU.

Für die europäischen Systeme der Arbeitsbeziehungen war die Krise eine große Herausforderung, doch die Sozialpartner haben den Sektor bei der Bewältigung der negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt unterstützt. Der Prozess der Tarifverhandlungen ist während der Krise schwieriger, aber auch intensiver geworden und ist für Veränderungen in diesem Sektor genutzt worden. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände machten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, von den ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten Gebrauch: Die Tarifverhandlungen zielten darauf ab, die Beschäftigten im Falle von Umstrukturierung und Personalabbau zu schützen, oder die Beschäftigung in diesem Sektor durch Maßnahmen wie Kurzarbeit zu sichern; der soziale Dialog war darauf ausgerichtet, die Lage zu analysieren und Maßnahmen zur Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen im Bankensektor vorzuschlagen; weitere Initiativen der Sozialpartner werden

möglicherweise zur Verbesserung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen in diesem Sektor führen.

Wichtigste Erkenntnisse

In der EU der 27 gingen zwischen 2008 und 2010 insgesamt 250 000 Arbeitsplätze im Bankensektor verloren. Das bedeutet einen Rückgang der Beschäftigungsrate um 6 %, mehr als der durchschnittliche Beschäftigungsrückgang in der Gesamtwirtschaft (-2,4 %), aber weit weniger als die umfangreichen Beschäftigungskorrekturen im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe (über 10 %). Vor allem im Vereinigten Königreich, dem größten europäischen Finanzzentrum, gingen 187 000 Arbeitsplätze verloren. Folglich wäre der Beschäftigungsrückgang im Bankensektor ohne das Vereinigte Königreich niedriger ausgefallen als der Durchschnitt in der EU zwischen 2008 und 2010.

Für die einzelnen Länder ergibt sich ein gemischtes Bild. Der stärkste Beschäftigungsrückgang erfolgte im Vereinigten Königreich (-25 %), Belgien (-15,2 %), Portugal (-14,8 %), Ungarn (-12,7 %), den Niederlanden (-12,5 %), Bulgarien (-11,9 %), Spanien (-11 %), Lettland (-10,1 %) und der Tschechischen Republik (-9,9 %), während in Rumänien (25,3 %), Luxemburg (23,1 %), Litauen (16,9 %), Malta (10,9 %), Polen (7,6 %) und Frankreich (5,4 %) ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung zu verzeichnen war.

In den USA war die Auswirkung der Krise früher spürbar: Die Anzahl der Beschäftigten im Bankensektor sank zwischen 2006 und 2010 um über 10 % (400 000 Arbeitsplätze gingen verloren) und zwischen 2008 und 2010 um 7 %. In Japan, und insbesondere in Brasilien und China ist die Beschäftigung im Bankensektor während der Krise offenbar angestiegen.

In Europa bestehen gut etablierte Arbeitsbeziehungen in dem Sektor, der soziale Dialog ist stark ausgeprägt, der Grad der gewerkschaftlichen Organisation liegt in den meisten Ländern über dem nationalen Durchschnitt und die tarifvertragliche Abdeckung ist relativ hoch. Die Tarifverhandlungen im Bankensektor werden in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien hauptsächlich auf Branchenebene geführt, im Vereinigten Königreich, in Ungarn und den Niederlanden auf Unternehmensebene, und in Estland finden keine Tarifverhandlungen in diesem Sektor statt.

Während der Krise haben die Tarifverhandlungen in einigen europäischen Ländern zugenommen. Es gibt Beispiele, in denen bereits vorhandene Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen angepasst wurden, wie z. B. beim Hilfsfonds für Personalabbau in Italien, oder bei einigen Instrumenten, die in Deutschland zur Bewältigung einer früheren Krise eingeführt worden waren. Anders als im verarbeitenden Gewerbe jedoch waren Tarifverhandlungen mit dem Ziel, die Gesamtbeschäftigung in diesem Sektor durch Lösungen wie Kurzarbeitsprogramme zu sichern, im Bankensektor eine zu vernachlässigende Größe. In

den meisten Fällen konzentrierten sich die Tarifverhandlungen auf Lohnanpassungen und auf die Beschränkung des Umfangs und der sozialen Auswirkung von (häufig freiwilligem) Personalabbau durch Sozialpläne, die bei größeren Umstrukturierungen auf Unternehmensebene ausgehandelt wurden.

Einige innovative Beispiele von Tarifverhandlungen auf Branchenebene während der Krise sind in Deutschland und Frankreich zu finden, während die Fälle von Unicredit und Danske Bank wichtige Schritte auf dem Weg zur Einführung länderübergreifender europäischer Systeme der Arbeitsbeziehungen auf Unternehmensebene aufzeigen. Es haben zwar Gespräche zwischen den Sozialpartnern im Bankensektor auf europäischer Ebene stattgefunden, bislang sind jedoch noch keine gemeinsamen Maßnahmen vereinbart worden.

In den USA spielen Tarifverhandlungen im Bankensektor keine Rolle. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisation im Finanz- und Versicherungsgewerbe liegt bei 1,2 %, deutlich unter dem nationalen Durchschnitt, und nur in 13 von 7 830 Handelsbanken sind Gewerkschaften vertreten.

In Japan sind die meisten Gewerkschaften Unternehmensgewerkschaften, da Tarifverhandlungen auf Unternehmensebene geführt werden. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisation im Finanzgewerbe (34,8 %) liegt über dem nationalen Durchschnitt (unter 20 %). Aufgrund der begrenzten Auswirkung der Finanzkrise auf den japanischen Bankensektor haben sich die Tarifverhandlungen auf klassische Themen wie z. B. Gehälter, Bonuszahlungen, Lohnzusatzleistungen oder die Arbeitszeit konzentriert.

In Brasilien spielen der soziale Dialog und die Tarifverhandlungen nur eine begrenzte Rolle, da das brasilianische System der Arbeitsbeziehungen in einem hohen Maße von staatlichen Eingriffen bestimmt wird. Der Bankensektor ist einer der wenigen Sektoren in Brasilien, in denen Tarifverhandlungen auf nationaler und nicht auf regionaler Ebene stattfinden: Der Tarifvertrag wird jährlich erneuert, und das Ergebnis hat für die gesamte Branche Geltung, mit einigen ergänzenden Bestimmungen, die auf Unternehmensebene vereinbart werden.

In China sind alle Beschäftigten im Bankgewerbe automatisch Mitglied der Gewerkschaften auf lokaler Ebene, und alle zusammen werden von der chinesischen Gewerkschaft für den Finanzsektor vertreten, die eine der zehn Gewerkschaften auf Branchenebene in China ist. Es finden keine Tarifverhandlungen statt.

Weitere Informationen

Der Bericht „*Recession and social dialogue in the banking sector*“ (Der soziale Dialog und die Rezession im Bankensektor) ist abrufbar unter <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1115.htm>

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an Carlos Vacas Soriano, Forschungsbeauftragter, cva@eurofound.europa.eu